Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Regierungsrat
des Kantons Bern
Postgasse 72
3011 Bern

23. Juni 2008

Gesuch um Ausarbeitung einer Vereinbarung betreffend ungleiche Abfallabgaben in den Kantonen Solothurn und Bern ab 1. Juli 2008

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Mit Schreiben vom 14. Mai 2008 haben Sie uns, aufgrund der unterschiedlichen Abfallabgabehöhe der beiden Kantone ab 1. Juli 2008, vorgeschlagen, den Vollzug der ungleichen Tarife in einer Vereinbarung zu regeln. Gerne nehmen wir zu Ihrem Vorschlag Stellung und erläutern Ihnen nachfolgend die Haltung des Kantons Solothurn.

Der Kanton Solothurn erhebt Abgaben auf Abfällen, die zur Entsorgung in eine Kehrichtverbrennungsanlage oder in eine Deponie gebracht werden und weist die Einnahmen dem Altlastenfonds zu. Die Abgabe beträgt für Kehrichtverbrennungsanlagen 15 Franken pro Tonne angelieferter Abfälle und für Reaktordeponien 5 Franken pro Tonne angelieferter Abfälle. Die Mittel des Altlastenfonds werden für die zweckgebundene Finanzierung der Sanierung von belasteten Standorten resp. Altlasten verwendet, für die der Kanton Solothurn die Kosten tragen muss – insbesondere dort, wo Siedlungsabfalldeponien zu sanieren sind oder deren Verursacher nicht mehr eruiert werden kann.

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat am 3. September 2007 beschlossen, den Abfallfonds, welcher bis anhin vor allem der Subventionierung von Kehrichtverbrennungsanlagen diente, in einen Altlastenfonds überzuführen und die Abgabe von 15 Franken pro Tonne angelieferter Abfälle auf 5 Franken zu reduzieren. Diese Änderungen werden am 1. Juli 2008 in Kraft treten. Die unterschiedliche Abgabehöhe in den beiden Kantonen bewirkt, dass bei der KEBAG Kehrichtbeseitigungs-AG unterschiedliche Verbrennungspreise für Lieferanten aus dem Kanton Solothurn und dem Kanton Bern resultieren.

Die voraussichtlich kumulierten Einlagen in den Altlastenfonds des Kantons Solothurn betragen bis Ende der Laufzeit 2025 rund 45 Mio. Franken. Die mutmasslichen Sanierungskosten, welche der

Kanton tragen muss, werden wesentlich höher geschätzt und übersteigen somit die Einnahmen aus der Abgabe für den Altlastenfonds. Deshalb ist der Kanton Solothurn nicht in der Lage, die Abgabehöhe zu reduzieren und an den Kanton Bern anzugleichen.

Gemäss unserem kantonalen Gesetz über die Rechte am Wasser vom 27. September 1959 (BGS 712.11) und der Verordnung über den Abwasser- und Altlastenfonds vom 8. September 1999 (BGS 712.14) unterliegen grundsätzlich sämtliche Abfälle, welche in einer Kehrichtverbrennungsanlage oder in einer Reaktordeponie entsorgt werden, der Abgabepflicht. Bei Abfalllieferanten zur KEBAG aus dem Kanton Bern hat der Kanton Solothurn bei der Einführung des Gesetzes bis heute auf eine Abgabenerhebung verzichtet, da der Kanton Bern ebenfalls eine Abgabe für den Abfallfonds des Kantons Bern von 15 Franken pro Tonne erhebt.

Trotz der Abgabesenkung im Kanton Bern ab 1. Juli 2008 sind wir bereit, weiterhin auf die Abgabenerhebung bei den Lieferanten aus dem Kanton Bern zu verzichten und dies in einer von Ihnen vorgeschlagenen Vereinbarung zu regeln. Gemäss unserer Verordnung über den Abwasser- und Altlastenfonds kann der Regierungsrat mit anderen Kantonen Vereinbarungen über die Kantonsgrenze hinaus treffen, insbesondere Abfälle von der Abgabe zu befreien, wenn sie bereits im anderen Kanton der Abgabepflicht unterliegen.

Bezüglich Kommunikation der unterschiedlichen Abgaben und Anliefertarife sind wir damit einverstanden, wenn der Kanton Bern dies unter Einbezug der KEBAG und des Kantons Solothurn vornimmt. Betreffend der Vereinbarung werden die betroffenen Amtsstellen der beiden Kantone gebeten, einen Vorschlag vorzubereiten und den beiden Regierungen zur Unterzeichnung zu unterbreiten.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Esther Gassler
Frau Landammann

sig.
Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber